

Pressemitteilung

Saarlouis, 11. April 2024

Kriminalstatistik bei Jugendlichen ist erschreckend – Schulen dürfen mit dieser Problematik nicht allein gelassen werden

Landesgeschäftsstelle

Lisdorfer Straße 21b

66740 Saarlouis

T. + 49 6831 - 4 94 40

F. + 49 6831 - 4 66 01

info@sllv.de

www.sllv.de

Mitglied im

dbb beamtenbund

und tarifunion saar

„Dass die Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen schon seit einigen Jahren stetig wächst und durch Faktoren wie Zuwanderung, Flüchtlingsbewegungen mit abweichenden gesellschaftlichen Normen, aber auch durch Gewaltverherrlichung im Netz sowie Abstumpfung gegenüber den Mitmenschen und fehlender Empathie im Jugendalter begünstigt wird, ist für die Lehrkräfte im Saarland nichts Neues“, stellt Lisa Brausch, Landesvorsitzende des Saarländischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes fest.

Lehrkräfte erfahren zunehmend gewaltbereite Kinder und Jugendliche, aber auch deren Eltern zeigen sich häufig aggressiv gegenüber dem Personal an Schulen.

Lisa Brausch ergänzt: „Schulen waren schon immer und sind auch weiterhin die Orte, an denen Integration gelebt und gefördert wird. Präventionsprogramme sind an vielen Standorten fester Bestandteil des Unterrichts bzw. liegen zusätzliche Angebote im Bereich der Nachmittagsbetreuung. Schulen bieten auch Vernetzung mit außerschulischen Partnern, wie Sport- und Musikvereinen, um sinnvolle Beschäftigungen in gesellschaftlichem Miteinander zu ermöglichen. Jedoch stoßen die Systeme immer mehr an ihre Grenzen und benötigen weitreichendere Unterstützungssysteme. An vielen Standorten reicht der Einsatz von Schulsozialarbeitern nicht aus, hier müssten Psychologen, Therapeuten und andere Fachkräfte mit zum Einsatz kommen. Als dringend notwendig erachtet Lisa Brausch auch die Ausweitung der Sprachförderung, da das Beherrschen der Landessprache einen Hauptfaktor für gelingende Integration darstellt.

Zudem muss das Problem der steigenden Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen auch im gesamtgesellschaftlichen Kontext betrachtet und aufgearbeitet werden. Schulen stellen dabei nur einen Baustein dar. Integration und Gewaltprävention muss grundsätzlich auch in außerschulischen Bereichen gefördert werden. Dazu bedarf es der nötigen Angebote. Ein wichtiger Ausbau der Schulsozialarbeit an der Nahtstelle Schule könnte solche präventiven Angebote erfassen und ermöglichen.

Zudem benötigen Schulen Werkzeuge und Handlungsvorgaben durch den Dienstherrn, auf die sie im Falle der Notwendigkeit zurückgreifen können. Es kann und darf nicht sein, dass Lehrkräfte physischer oder psychischer Gewalt durch Schüler ausgesetzt sind, ohne eine geeignete Handhabe dagegen zu haben. Der Verband sieht das Bildungsministerium sowie weitere Instanzen in der Pflicht, den Schulen hier den Rücken zu stärken und ergriffene Maßnahmen gegen randalierende gewalttätige Kinder und Jugendliche im schulischen Kontext durchzusetzen, damit die Autorität der Schulen erhalten bleibt und gestärkt wird.